

Tagung
Bürgerschaftliches Engagement von und mit Migranten
27.10.2006
Rathaus Augsburg

„Migranten mischen mit!“ Einführungsreferat

Vortrag von
Prof. Dr. Gaby Straßburger
Katholische Hochschule für Sozialwesen Berlin (KHSB)

Veranstalter:
Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement
Bündnis für Augsburg
Civitas-Botschafter
Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich bedanke mich recht herzlich für die Einladung zu Ihrer hochaktuellen Tagung. Mit Augsburg und erst recht mit diesem Rathaus verbinden mich – seit ich hier 2002 den „Augsburger Wissenschaftspreis für Interkulturelle Studien“ entgegen nehmen durfte - höchst angenehme Erinnerungen. Kein Wunder, dass ich immer wieder gerne komme.

Mein Vortrag hat den Titel „Migranten mischen mit“ – Migrantinnen selbstverständlich auch. Warum? Nun es geht mir zum einen um ein partizipatorisches Verständnis von bürgerschaftlichem Engagement und zum anderen um ein breites Verständnis, das weit mehr umfasst als das klassische Ehrenamt.

Partizipatorisches Engagement von Migranten hat kürzlich große Aufmerksamkeit erregt, als Innenminister Schäuble zur Islamkonferenz lud. Das setzt ein wichtiges Signal für Austausch auf Augenhöhe. Endlich wird nicht mehr *über* den Islam gesprochen, sondern *mit* ihm bzw. seinen Vertretern in den diversen muslimischen Selbstorganisationen.

Andere Formen gesellschaftlicher Partizipation erregen weit weniger Aufmerksamkeit. Ja, sie werden oft gar nicht als Engagement wahrgenommen. Das gilt z. B. für die Nachbarschaftshilfe und Selbsthilfe, die in der Migrantenbevölkerung weit verbreitet sind.

Genug der Vorrede! Gehen wir in medias res! Ich will die halbe Stunde, die mir bleibt, dafür nutzen, einige Themen anzusprechen, die ich als Knackpunkte in der Diskussion um Bürger-schaftliches Engagement von Migranten ansehe. Vieles davon werden Sie heute Nachmittag in den Arbeitsgruppen wieder aufgreifen und am Beispiel konkreter Projekte vertiefen. Mein Vortrag wird vieles nur anreißen können.

1. Der erste Teil greift folgende Fragen auf: Welchen Stellenwert hat das bürgerschaftliche Engagement von Migranten? Inwiefern ist es Ressource für Partizipation und Integration? Sind die zahlreichen ethnischen und religiösen Selbstorganisationen förderlich oder hinderlich für die Integration?

2. Im zweiten Teil geht es um die These, Migranten hätten eine eher niedrige Engagementbereitschaft. Hier stellt sich die Frage, was als Engagement gilt. Und es ist ein Blick darauf zu werfen, wofür sich eigentlich Menschen engagieren, die nicht zum klassischen Bildungsbürgertum zählen, sondern zu den sozial Benachteiligten?

3. Der dritte Teil konzentriert sich auf die Frage: Wie lässt sich das Engagement von Migranten fördern? Hierzu will ich Ihnen ein konkretes Beispiels aus meiner früheren Arbeitspraxis in der Stadtteilarbeit schildern und damit speziell auf die Förderung der Partizipation von sozial benachteiligten Gruppen eingehen.

1. Welchen Stellenwert hat das bürgerschaftliche Engagement von Migranten?

Diese Frage betrifft zunächst die diskursive Ebene. Wenn Politiker in Sonntagsreden die große Bedeutung des Bürgerengagements loben, beziehen sie sich meist ausschließlich auf Einheimische. Engagement von Migranten wird dabei selten dezidiert erwähnt. Es wird eher in

anderen Zusammenhängen angesprochen, nämlich dann wenn Engagement nicht gepriesen wird, sondern problematisiert.

Die Selbstorganisationen von Migranten wurden hierzulande schon immer skeptisch beäugt. Das begann nicht etwa mit dem 11. September 2001, sondern – wie sich einige von Ihnen sicher erinnern - bereits mit der Anwerbung der Gastarbeiter in den 60er und 70er Jahren. Die Gründe, weshalb Migrantenorganisationen suspekt erschienen, haben sich jedoch mit der Zeit verschoben, so dass sich rückblickend diverse Konjunkturen ausmachen lassen. Gerieten in der Anwerbephase organisierte Gastarbeiter leicht unter Kommunismusverdacht, so war es später die Angst vor nationalistisch-rechtsextremen Organisationen wie etwa den „Grauen Wölfen“. Aktuell ist es der religiöse Fundamentalismus, der im Zentrum der Kritik steht.

Wir konstatieren also einen unausgewogenen und ethnisierenden Diskurs über ein – implizit in erster Linie Einheimischen zugeschriebenes - wertvolles Engagement auf der einen Seite und ein verdächtiges Engagement auf der anderen Seite, das wiederum besonders häufig mit Migrantenorganisationen in Zusammenhang gebracht wird.

Nun beherrscht dieser Diskurs die öffentliche Diskussion natürlich nicht flächendeckend. Es gibt durchaus viele hochrangige Persönlichkeiten, die die Bedeutung des bürgerschaftlichen Engagements von Migranten zu schätzen wissen. Einer von ihnen ist Thomas Olk, Vorstandsvorsitzender der Stiftung „Bürger für Bürger“ und sachverständiges Mitglied der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“.

Thomas Olk sieht einen engen Zusammenhang zwischen dem bürgerschaftlichen Engagement von Migranten und ihrer Integration, d.h. ihrer Zugehörigkeit zur Gesamtgesellschaft. Der Zusammenhang ist laut Olk wechselseitig: Denn bürgerschaftliches Engagement ist einerseits bereits Ausdruck von Zugehörigkeit und es ist andererseits ein Vehikel, ein Motor, der dazu beiträgt, diese Zugehörigkeit überhaupt erst entstehen zu lassen bzw. sie zu stabilisieren.

Indem sich Migranten freiwillig und unentgeltlich für ihre eigene Lebenssituation und die Lebenssituation der ihnen unmittelbar nahe stehenden Familienmitglieder, Freunde und Nachbarn engagieren, - so Olk - entwickeln sie ein Gefühl der Zugehörigkeit zu sich allmählich ausweitenden Gemeinschaftsformen und integrieren sich damit – ohne ihre Identität verlieren zu müssen – in die Gesellschaft.¹

Ihnen ist sicherlich aufgefallen, dass Olk – ebenso wie die Enquete-Kommission – ein umfassendes Verständnis von bürgerschaftlichem Engagement vertritt. Es umfasst neben dem „klassischen Ehrenamt“ auch ein breites Spektrum anderer Ausdrucksformen. Hierzu gehört beispielsweise die Teilhabe an kurzfristigen themenbezogenen Projekten oder aber die Mitarbeit in einer Selbsthilfegruppe. Ja bereits das Leisten einer Unterschrift für eine Bürgerinitiative kann laut Olk als bürgerschaftliches Engagement gewertet werden. Ausschlaggebend ist seines Erachtens, dass es sich um ein freiwilliges, unentgeltliches und gemeinwohlorientiertes Agieren handelt.²

¹ Thomas Olk: Die Bedeutung des bürgerschaftlichen Engagements für die Integration von Zuwanderinnen und Migranten, in: <http://www.buerger-fuer-buerger.de/content/buergergesell-zuwanderer.htm>

² a.a.O.

Zurück zum Diskurs über das oft kritisch bewertete Engagement von Migrantenorganisationen. Dahinter steht die These, dass eigenethnische Organisationen nicht Integration bewirken, sondern Isolation und Segregation. Eine These, die auch in der Wissenschaft lange diskutiert und durchaus kontrovers beurteilt wurde.

Auf der einen Seite steht der Vorwurf der Herausbildung einer Parallelgesellschaft. Auf der anderen Seite wird betont, dass die Selbstorganisationen entscheidend zur Binnenintegration beitragen, die wiederum als ein wichtiger erster Schritt für die weitere Integration in die Gesamtgesellschaft gesehen wird. Dieser Binnenintegrations-These von Georg Elwert³ folgend erhalten Migranten durch den Zusammenhalt und die Unterstützung in der eigenen ethnischen Gruppe erst die Sicherheit und Orientierung, die sie brauchen, um selbstbewusst in der Aufnahmegesellschaft zu agieren.

Prominentester Vertreter der Gegenposition ist Hartmut Esser.⁴ Er verbindet mit Selbstorganisationen die Gefahr einer Selbstethnisierung, welche letztlich den Migranten den sozialen Aufstieg verbaue und somit zur Falle werde.

In der aktuellen Fachdiskussion distanziert man sich mittlerweile von dieser Fixierung auf mögliche Segregationstendenzen der Selbstorganisationen. Stattdessen nimmt man die Potenziale für den Integrationsprozess stärker in den Blick. Wie Reich, Otten und Schöning-Kalender betonen, hat sich aus der Vielzahl der Erklärungsansätze zu Migration und Integration in den letzten Jahren vor allem der Sozialkapital-Ansatz von Robert Putnam⁵ als weiterführend erwiesen.⁶

Sozialkapital besteht dem Verständnis von Bourdieu folgend aus den Ressourcen und Möglichkeiten, die sich aus Beziehungen gegenseitigen Kennens und Anerkennens ergeben. Sozialkapital beruht daher auf der Zugehörigkeit zu einer Gruppe. Der amerikanische Soziologe Robert Putnam argumentiert nun, dass in Gruppen Werte und Fertigkeiten vermittelt werden, die nicht nur die Gruppe an sich stärken, sondern auch die Integration in das weitere Gemeinwesen unterstützen. Nach innen fördern Gruppen die soziale Stabilisierung, nach außen ermöglichen sie die kollektive Artikulation von Interessen.

Putnam unterscheidet zwischen „bonding“ und „bridging social capital“⁷, also zwischen verbindendem/zusammenschweißendem und brückenbildendem Sozialkapital. Das eine stärkt den innerethnischen Gruppenzusammenhalt, das andere reicht über die eigenethnische Gruppe hinaus und eröffnet neue Möglichkeiten. Interessant daran ist, dass Putnam diese beiden Beziehungsformen nicht als konträr zueinander ansieht, sondern als einander ergänzend.

³ Elwert, Georg: Gesellschaftliche Integration durch Binnenintegration? In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 4/1982, S. 717-731

⁴ Esser, Hartmut: Ethnische Kolonien: 'Binnenintegration' oder gesellschaftliche Isolation? In: Hoffmann-Zlotnik, Jürgen H. P.(Hg.): Segregation oder Integration. Die Situation von Arbeitsmigranten im Aufnahmeland. Mannheim 1986, S. 106-117

⁵ Putnam, Robert D. (1993): Making democracy work. Civic traditions in modern Italy, Princeton: Princeton University Press

⁶ Sozialkapital und Netzwerkbildung - Die Partizipation und Positionierung von Migranten und ihren Organisationen Prof. Dr. Hans H. Reich, Dr. Matthias Otten, Dr. Claudia Schöning-Kalender, in: <http://www.m-otten.de/PDF/Projektinformation%20Partizipation%20IKU.pdf>

⁷ Putnam, Robert D. (2000): Bowling Alone. The collapse and revival of American community, New York: Simon & Schuster

Die ergänzenden Funktionen der beiden Sozialkapitalformen hat Mark Granovetter⁸ mit einem schönen Bild beschrieben: Die einen bringen uns, wenn wir krank sind, den Kamillentee ans Bett, die anderen verschaffen uns Zugang zu einem neuen Job. Brauchen werden wir wohl beide.

Wenn wir den Sozialkapital-Ansatz von Putnam auf die Debatte über Migrantenvereine und Selbstorganisationen beziehen, erscheint es wenig fruchtbar, sich auf den Gegensatz von Integration vs.- Segregation zu versteifen. Vielmehr sollten wir das Verhältnis zwischen Elementen, die den Zusammenhalt stärken, und Elementen, die Brücken bilden, stärker in den Blick nehmen. Und wir sollten in der praktischen Arbeit nach Möglichkeiten suchen, brückenbildende Aspekte zu stützen.

Zudem ist danach zu fragen, wer – sinnbildlich gesprochen - auf der anderen Seite am Brückenschlag interessiert ist. Da sind wir dann bei der Frage nach dem – wie es im Titel der Veranstaltung heißt – Engagement *mit* Migranten. Ein Aspekt, der Sie in verschiedenen Arbeitsgruppen sicherlich heute Nachmittag noch weiter beschäftigen wird. An dieser Stelle will ich zum zweiten Teil meines Vortrags übergehen und wie angekündigt fragen:

2. Wie ist die These zu beurteilen, Migranten zeigen ein eher niedriges Engagement?

Damit befasst sich Alexandra Kast in ihrer kürzlich erschienen- sehr lesenswerten - Studie zur Partizipation von Migranten im Stadtteil. Es geht dabei explizit um Beteiligung im Rahmen des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt“. Alexandra Kast kommt aufgrund ihrer Erhebung in verschiedenen Berliner Stadtteilen mit hohem Migrantenanteil zu der Einschätzung: „Der Eindruck, Migranten seien schwer zu aktivieren..., entstammt vermutlich hauptsächlich den Erfahrungen mit ... klassischen Ansätzen der Bürgerbeteiligung... Wie gezeigt werden konnte, gibt es ein vielfältiges Engagement von Migranten auf Quartiersebene, das jedoch nicht immer das Etikett „Bürgerbeteiligung“ trägt und deswegen häufig übersehen wird.“⁹ Wie die Untersuchung von Kast zeigt, haben auch Migranten in benachteiligten Stadtteilen ein hohes Interesse an gesellschaftlichen Themen: „sie fragen Beratungsangebote und Kurse nach, sie organisieren sich und arbeiten ehrenamtlich. Oft allerdings bedarf es spezifischer Ansprachemethoden oder Zugeständnisse an ihre kulturellen oder sozialen Besonderheiten und Bedürfnisse.“¹⁰

Ein ähnliches Ergebnis zeichnet sich in einer Studie ab, die ich gerade im Auftrag der Berliner Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport in Berlin-Neukölln durchführe. Wir untersuchen Erfolgsfaktoren in der präventiven Arbeit mit Migrantenfamilien. Die Gespräche, die wir in Projekten führen, die besonders gute Erfolge bei der Ansprache von Migrantenfamilien erzielen, zeigen uns immer wieder, dass die Bereitschaft, sich für die Verbesserung der eigenen Lebenssituation und des familiären und nachbarschaftlichen Umfeldes zu engagieren, bei

⁸ Granovetter, Mark (1973) The strength of weak ties, in: American Journal of Sociology 78/ S.1360-1380

⁹ Alexandra Kast (2006) Gesellschaftliche Teilhabe sichern: Partizipation von Migranten und Migranten in der „Sozialen Stadt“. Hg. Friedrich-Ebert-Stiftung, Landesbüro Berlin, Berlin, S.24

¹⁰ a.a.O. S.47

den Familien durchaus vorhanden ist.¹¹ Damit allerdings aus der prinzipiellen Bereitschaft auch wirklich Engagement wird, bedarf es einer passenden Ansprache und einer angemessenen Unterstützung.

Um der Frage nach bürgerschaftlichem Engagement von Migrant*innen gerecht werden zu können, kommen wir also nicht umhin, uns zu vergegenwärtigen, wie eigentlich die strukturellen Voraussetzungen aussehen, unter denen bürgerschaftliches Engagement gedeiht. Sozialwissenschaftliche Untersuchungen zeigen, dass es ein großes Gefälle zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Schichten gibt. Die Daten des Freiwilligensurveys von 1999 zeigen einen deutlichen Zusammenhang von hohem Bildungsniveau, sozialer Integration, sozialem Status und der Bereitschaft, sich zu engagieren. Mit anderen Worten: Die Engagementbereitschaft steigt allgemein mit dem Bildungsniveau, dem Einkommen und der sozialen Einbindung einer Person.¹²

Da in den großen Studien zum bürgerschaftlichen Engagement der Faktor „Migrationshintergrund“ bisher weitestgehend ausgeblendet wurde, wissen wir wenig darüber, welchen Einfluss er hat. Allerdings wissen wir, dass die Ausgangsposition von Migrant*innen im Großen und Ganzen deutlich ungünstiger ist als die der einheimischen Bevölkerung. Das Einkommensniveau und der Bildungsstand sind niedriger und zudem sind Migrant*innen überproportional von Arbeitslosigkeit betroffen.

Wir können daher vermuten, dass eine möglicherweise niedrigere Engagementbereitschaft von Migrant*innen weniger ein kulturelles oder ethnisches, als vielmehr ein soziales und strukturelles Problem darstellt. Insofern scheint es lohnend, darüber nachzudenken, wie das Interesse und die Möglichkeit, sich zu engagieren in benachteiligten Lebenssituationen aussehen. Lassen Sie uns also einen Blick in einen – wie es so schön heißt – benachteiligten Stadtteil werfen.

Mein früherer Kollege im Quartiermanagement Essen-Katernberg, Michael Preis, hat die Existenzfragen, die ein von Armut geprägtes Alltagsleben aufwirft, in einem Aufsatz folgendermaßen auf den Punkt gebracht:

„Die Sicherung der elementaren Lebensvoraussetzungen (Wohnung, Heizung, Gesundheit, Essen) nimmt bewusstseins- und alltagsfüllende Ausmaße an. In den Vordergrund der Wahrnehmung rückt die Frage: Wie komme ich über die nächsten Tage? ... Wie komme ich ohne Auto mit zwei Kindern und einem Kinderwagen zum Sozialamt, zum Kindergarten und zum Wohnungseigentümer, um mich über die feuchte Wand im Kinderzimmer zu beschweren? ... Auf der Agenda ... steht ausdrücklich nicht:

- Welche Entwicklung sollte das Gewerbegebiet in der Nähe meines Stadtteils nehmen? ...

¹¹ Es handelt sich um das Projekt „Faktoren des Gelingens - Praxis einer gelingenden Familienunterstützung bei sog. bildungsfernen Familien speziell mit Migrationshintergrund - am Beispiel des Bezirksamtes Neukölln“. www.fai-bene.net

¹² Rosenblatt, Bernhard von (Hrsg.), 2000: Freiwilliges Engagement in Deutschland. Freiwilligensurvey 1999. Ergebnisse der Repräsentativerhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement. Band 1. Gesamtbericht. Herausgegeben vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Stuttgart / Köln / Berlin

- Was kann ich tun, um mich für eine Gesamtschule im Stadtteil einzusetzen und damit die Bildungschancen meiner Kinder zu verbessern?
- Welche Haltungen sollten wir hier im Stadtteil entwickeln, um ein besseres multikulturelles Zusammenleben für die Zukunft zu erreichen?¹³

Die Kluft zwischen den Fragen, die den Alltag von sozioökonomisch benachteiligten Menschen prägen und den Themen, die gemeinhin auf der Agenda von Bürgervereinen, Kommunalpolitik, Stadtteilarbeit und Quartiermanagement stehen, könnte wohl kaum größer sein. Insofern ist es nicht verwunderlich, dass gerade in benachteiligten Stadtteilen die klassische Bürgerbeteiligung nicht so recht in Gang kommt. Denn vielerorten gelingt es den Stadtteilakteuren weder die Alltagsinteressen und konkreten Probleme der Bewohner in Angriff zu nehmen, noch die richtige Sprache zu finden, um sie anzusprechen.

In einem kürzlich veröffentlichten Artikel gehen Can Aybek und ich auf die Beteiligungsbarrieren ein, die dazu führen, dass Migranten bislang allzu oft daran gehindert werden, sich im Stadtteil zu engagieren.¹⁴ Wir stellen fest, dass nur ein Teil der Barrieren migrantenspezifisch oder kulturbedingt ist. Viele Barrieren hindern nicht nur Migranten, sondern auch Jugendliche oder Einheimische, die sozial benachteiligt sind, daran, aktiv mitzumischen. Hierzu gehören z. B.

- Mittelschichtorientierte Beteiligungsformen (Stichwort: »Vereinsmeierei« und »Sitzungskultur«)
- die Alltagserfahrung, im Normalfall ohnehin nicht gemeint zu sein
- Mangelnde Information über Beteiligungsmöglichkeiten.

Daneben gibt es selbstverständlich auch noch einige Barrieren, von denen vorwiegend Migranten betroffen sind, wie z. B.

- Verständigungsprobleme und fehlende Erfahrung mit Beteiligung, weil sie im Herkunftsland evtl. nicht oder nicht in dieser Form üblich ist
- Die Erfahrung, mit dominanten Verhaltenserwartungen konfrontiert zu werden (z. B. mit der Erwartung, Treffen unbedingt gemischtgeschlechtlich abzuhalten)
- Diskriminierungserfahrungen: z.B. die Zuschreibung, »anders« zu sein, was oft damit einher geht, dass das Verhalten von Migranten ausschließlich vor dem Hintergrund ihrer kulturellen Herkunft interpretiert wird.

Nach der Auflistung dieser Barrieren komme ich zum letzten Teil meines Vortrags. Dabei bleibe ich auf der Stadtteilebene. Ich beziehe mich konkret auf die Situation von Migranten in benachteiligten Stadtteilen und auf eine für die Stadtteilarbeit typische Aufgabenstellung: die Partizipationsförderung.

¹³ Preis, Michael (2004) Endogene Potentiale und Gestaltungspessimisten, in: Außerschulische Bildung, 4

¹⁴ Aybek, Can/ Gaby Straßburger (2006) Förderung der Partizipation von Migrantenn im Stadtteil, in: <http://www.stadtteilarbeit.de/seiten/theorie/strassburger/partizipation.htm>

3. Wie lässt sich das Engagement von Migranten fördern?

Gleich vorab meine Grundthese: Ich bin der Überzeugung, dass es bei der aktivierenden Arbeit mit Migranten nicht um besondere Methoden geht. Sondern, dass wir die Methoden, mit denen wir bei der Partizipationsförderung ganz allgemein arbeiten, auch bei Migrantenn ernsthaft und zielgruppenadäquat anwenden und dabei an ihren Interessen und ihrer Lebenswelt ansetzen müssen.

Nun lade ich Sie ein, mir ins Ruhrgebiet zu folgen, nach Essen, in den Stadtteil Katernberg, der im 19. Jahrhundert als Bergarbeitersiedlung rund um die Zeche Zollverein entstanden ist.

Im folgenden Beispiel geht es um ein Projekt, das im Jargon des Programms „Soziale Stadt“ in das Handlungsfeld „Verbesserung der Stadtteilinfrastruktur und des Wohnumfeldes“ fällt. Eine andere Lesart könnte lauten, es handelt sich um den Versuch von Migranten sich in das bislang nahezu ausschließlich von einheimischen Deutschen beherrschte Kleingartenwesen zu integrieren.

Alles begann damit, dass das Stadtteilbüro in Essen-Katernberg, wo ich damals im Rahmen des Quartiermanagements tätig war, erfuhr, dass 40 Schrebergärten von türkischen Stadtteilbewohnern geräumt werden sollten. Die Gärten liegen auf einem Gelände der Stadt Gelsenkirchen, welches unmittelbar an Katernberg angrenzt. Gelsenkirchen benötigt das Gelände als Ausgleichsfläche und hat daher die Räumung beschlossen.

Ich habe Ihnen einige Photos mitgebracht, damit Sie sich ein Bild davon machen können, wie die Gärten ungefähr aussehen. Alles in allem können Sie ohne Probleme erkennen, dass diese Gärten relativ wenig Ähnlichkeit mit einer typischen Kleingartenanlage aufweisen. Sie wurden ohne behördliche Genehmigung in den 70er Jahren von türkischen Gastarbeitern auf einer Brachfläche angelegt.

Anfang der 80er Jahre drohte die Stadt Gelsenkirchen, schon einmal mit der Räumung, ließ sich aber umstimmen und vergab Pachtverträge. Diese enthalten die ausdrückliche Auflage, auf keinen Fall Gartenlauben, Gewächshäuser, Brunnen oder ähnliches zu installieren. Eine Auflage, von der alle Beteiligten wussten, dass niemand sie einhalten würde, denn die Lauben standen bereits und wurden auch in den nächsten Jahren geduldet. Die Verträge können jederzeit mit einer Frist von 14 Tagen gekündigt werden.

Man fragt sich, warum sich die Migranten darauf eingelassen haben statt sich nach einem Garten umzusehen, der rechtlich abgesichert ist. Nun das haben einige durchaus versucht. Doch konnten sie entweder die ortsüblichen Ablösesummen für Kleingärten nicht zahlen – da ist man schnell bei 5.000 Euro - oder aber sie bekamen angesichts ihrer ausländischen Herkunft immer wieder zu hören, dass in der Anlage „im Moment gerade kein Platz frei“ sei.

Wir konstatieren hier verdeckte Diskriminierung als Barriere, die es Migranten schwer macht, sich in das lokale Vereinsleben zu integrieren und dort aktiv mitzumischen.

Als unser Stadtteilbüro von der geplanten Räumung erfuhr, stellte sich die Frage: Wie kommen wir an die betroffenen Familien ran, um sie zu informieren? Da die Pächter nicht organisiert waren – weder als Verein, noch sonst in irgendeiner Form, gab es natürlich auch keine Ansprechpartner, an die wir uns stellvertretend hätten wenden können und so blieb uns wenig

anderes übrig als immer wieder zu den Gärten zu gehen und die Leute, die wir antrafen, einzeln über das Räumungsvorhaben zu informieren.

Ich begann also, bei schönem Wetter die Gärten aufzusuchen, mich vorzustellen und zu erklären, dass ich vom Stadtteilbüro komme. Nach einigen Höflichkeitsfloskeln fragte ich meine Gesprächspartner, ob sie denn regelmäßig hierher kämen, wie lange sie ihren Garten schon hätten, usw..

Oft folgte schon nach kurzem die Einladung zu einem Glas Tee und im Lauf der Gespräche erfuhr ich einiges über die biographischen und familiären Hintergründe der Pächter. Zudem erkundigte ich mich danach, mit welchen anderen Pächtern sie Kontakt haben und wer sich hier am besten auskenne. Die geplante Räumung brachte ich erst ins Gespräch, wenn wir uns „warm“ geredet hatten. Denn ich wollte vermeiden, sofort „mit der Tür ins Haus zu fallen“.

Diese Gespräche dienten dazu, einen persönlichen Kontakt herstellen und einen Eindruck davon zu bekommen, wie wichtig die Gärten für die einzelnen Familien sind. Zudem konnte ich erkennen, dass die Pächter überraschend lose Sozialkontakte hatten. Und ich stieß auf zwei Personen, die offenbar stärker als andere über alles informiert waren, was sich in den Gärten tat. Diese beiden, die 55jährige Hatice und der 40jährige Kadir wurden bald unsere wichtigsten Ansprechpartner.

Beide verfügten über wichtiges soziales Kapital, zum einen über eine zentrale Position im losen Beziehungsgefüge der Pächterfamilien, und zum anderen über die Kompetenz, andere zu mobilisieren. Nachdem Hatice und Kadir von der Räumungsabsicht erfahren hatten, wurden sie nicht müde, andere Pächter dazu zu bewegen, sich im nahe gelegenen Stadtteilbüro zu versammeln, um sich zu informieren und gemeinsame Strategien zu entwickeln.

Zu diesen Versammlungen kamen jeweils 15-20 Frauen und Männer, wobei die Zusammensetzung stark schwankte. Das lag unter anderem daran, dass ältere Leute, die nicht mehr arbeiten, gerne für längere Zeit in die Türkei fahren. Denn der Soziale Raum, in dem sich Migranten bewegen, reicht oft auch ins Herkunftsland. Ein Phänomen, das der Soziologe Ludger Pries als Leben in „transnationalen sozialen Räumen“ bezeichnet.

Vor den Versammlungen wurden jeweils Einladungen durch das Stadtteilbüro versandt, die jedoch, obwohl in türkischer Sprache verfasst und zeitnah verschickt, nur relativ geringe Wirkung zeigten. Viel effektiver war es, wenn Hatice und Kadir kurz vor der Versammlung bei den Leuten anriefen.

Auch dies ein bekanntes Phänomen aus der Arbeit mit Migrantenfamilien. Wir kennen es allerdings auch von vielen anderen Familien jenseits des Bildungsbürgertums: der Vorrang der mündlichen vor der schriftlichen Kommunikation bzw. die Tatsache, dass schriftliche Einladungen nicht einladend wirken. Denn „wirkliche“ Einladungen erfordern die persönliche und bisweilen nachdrückliche Aufforderung durch vertraute Personen, „doch auf jeden Fall zu kommen!“

Die Versammlungen zeigten, dass viele Pächter von der Komplexität des Problems überfordert waren. So sehr wir auch versuchten, alles so einfach und plastisch wie möglich darzustellen, tatkräftig unterstützt von Hatice und Kadir, blieb es für viele trotzdem zu abstrakt und

lag zudem in allzu ferner Zukunft. Außer heißen Diskussionen – oft gekoppelt mit diversen Verschwörungstheorien – kam anfangs wenig dabei rum.

Es war also keineswegs einfach, eine Brücke zu schlagen zwischen Politik und Verwaltung auf der einen und den Stadtteilbewohnern auf der anderen Seite. Nun stellt sich auch dieses Problem keineswegs nur bei Migranten, sondern bei vielen Menschen, die stärker als andere von politischen und bürokratischen Eingriffen in ihre Lebenswelt betroffen sind. Denn sie wissen aus Erfahrung, dass sie „von dort nichts gutes zu erwarten haben“.

In solchen Fällen ist es deshalb immer eine Herausforderung, die innere Abwehr aufzuweichen, und den Menschen dadurch die Möglichkeit zu eröffnen,

- a) nachzuvollziehen, was eigentlich passiert ist,
- b) darüber nachzudenken, was sie jetzt tun wollen und
- c) wer aus Politik, Verwaltung, Wohnungswirtschaft etc. möglicherweise ihre Bündnispartner sein könnten.

Bei Migranten kommt u.U. noch dazu, dass die innere Abwehr durch vorhergehende Diskriminierungserfahrungen verstärkt wird und dass sie möglicherweise einiges falsch verstehen, weil sie a) zum Teil die deutsche Sprache nicht gut genug beherrschen oder b) von anderen Rahmenbedingungen ausgehen. So ist beispielsweise das Besetzen von Brachflächen in der Türkei weit verbreitet und wird häufig durch die Behörden im Nachhinein legalisiert.

Damit zurück zu unserem Beispiel:

Deutlich konkreter wurde das Ganze, als wir die Pächter mit dem Lösungsvorschlag konfrontierten, den die Essener Stadtverwaltung und Kommunalpolitik erarbeitet hatten. Er sah vor, einen Verein zu gründen und in Katernberg eine eigene Kleingartenanlage aufzubauen.

Nun regte sich ein Sturm der Entrüstung: das hieße ja, die Gärten aufzugeben! Nein, dazu wäre man auf keinen Fall bereit! Zum ersten Mal zeigte sich bei allen Pächtern deutlich der Wille, für den Erhalt der Gärten zu kämpfen. Innerhalb von zwei Monaten haben die Pächter 1200 Unterschriften gesammelt, und übergaben sie – im Beisein der deutschen und türkischen Presse - dem Gelsenkirchener Oberbürgermeister.

Dieser Wendepunkt von der folgenlosen Diskussion zur deutlichen Formulierung eines gemeinsamen Willens und zur tatkräftigen Aktion hat meines Erachtens viel damit zu tun, dass es aufgrund des Essener Lösungsvorschlags ein klares Szenario gab.

Es ging aber zum damaligen Zeitpunkt eindeutig am Willen der Pächter vorbei, und hatte zur Folge, dass ihnen erst richtig klar wurde, dass sie selbst aktiver werden mussten. Nach einigen erfolglosen und teilweise ziemlich diskriminierenden Begegnungen mit Gelsenkirchener Politikern sahen die Pächter aber schließlich ein, dass ihr Protest vergebens sein würde.

Daraufhin beschlossen die meisten, sich nun doch in einem Verein zu organisieren und in Essen eine interkulturelle Kleingartenanlage aufzubauen. Mit Hilfe des Katernberger Quartiermanagements nahmen sie Kontakt zum Essener Kleingartenverband auf. Dieser hatte zu-

fälligerweise gerade eine Brachfläche erworben, für die er keine Verwendung hatte, so dass er sie den türkischen Familien zur Pacht anbot.

Das war eine große Chance, erzeugte aber auch ziemlich großen Handlungsdruck. Denn jetzt musste innerhalb von wenigen Wochen ein Verein gegründet und eine Vielzahl grundlegender organisatorischer und finanzieller Entscheidungen getroffen werden.

Hier stoßen wir auf ein weiteres Hindernis, das es vielen Migranten erschwert, im lokalen Vereinsleben aktiv mitzumischen: Oft fehlen ihnen biographische Vorerfahrungen aus der kirchlichen Jugendarbeit, Schülervvertretung, Sportverein, Parteiarbeit etc. auf die viele Einheimische aufbauen können. Dagegen wissen viele Migranten kaum etwas darüber, wie ein Verein funktioniert, geschweige denn darüber, wie man einen Verein gründet und leitet.

Daraus folgt, dass Akteure, die Migranten dabei unterstützen wollen, im Stadtteil aktiv zu werden, erst einmal eine ganze Menge kreativer Aufbauarbeit leisten müssen. Das kann durch Fachkräfte und Berater mit Migrationshintergrund wesentlich erleichtert werden.

Deshalb haben wir jemanden gesucht, der für Stadtteilarbeit qualifiziert ist, sich mit Vereinsgründungen auskennt und selbst aus der Türkei stammt. Er wurde im Rahmen eines Werkvertrags engagiert, um die Mitglieder des Vereinsvorstandes, die bislang über keinerlei Erfahrungen im Vereinswesen verfügten, zu begleiten und ihre neuen Funktionen einzuüben.

Drei Monate später hatte der Verein genügend Mitglieder, um eine Kleingartenanlage aufbauen zu können und mit der Rodung des Geländes zu beginnen. Für das Projekt ein wichtiger Schritt! Denn jetzt wurden endlich Nägel mit Köpfen gemacht und das bloße Reden hatte ein Ende.

Zudem konnten die meisten Mitglieder ihre Ressourcen hier weit besser einbringen als bei den Versammlungen. Viele arbeiten in der Baubranche oder kennen schwere landwirtschaftliche Tätigkeiten noch aus dem Herkunftsland.

Jetzt zeigte sich auch der starke familiäre Zusammenhalt der Vereinsmitglieder. Denn zu den Arbeiten kamen in vielen Fällen die Söhne und Schwiegersöhne, um stellvertretend für ihre Eltern das Grundstück vorzubereiten.

Meines Erachtens enthält das Beispiel eine Menge Anhaltspunkte dafür, wie man Migranten dabei unterstützen kann, öffentlich aktiv zu werden. Es verdeutlicht darüber hinaus, dass Beteiligung eine ganze Menge kreativer Aufbauarbeit erfordert, wenn eine Zielgruppe noch wenig bzw. keinerlei Vorerfahrung damit hat.

Fazit

Abschließend will ich die zentralen Elemente der Förderung von Partizipation in einem Schaubild zusammen führen, das ich gemeinsam mit Can Aybek für das Programm der Schader-Stiftung „Zuwanderer in der Stadt“ erstellt habe. Es gilt, wie eingangs bemerkt, keineswegs ausschließlich für das Engagement von Migranten, sondern zeigt ganz allgemein, wie sich mit Mitteln der Stadtteilarbeit die Selbstorganisation und aktive Beteiligung am öffentlichen Leben unterstützen lässt.

Wie kann man Partizipation sichern?

Um sicherzustellen, dass alle Bewohnergruppen gleichberechtigt an der Gestaltung der Lebensbedingungen eines Stadtteils partizipieren können, gilt es Dialoge zu initiieren und zu moderieren, d.h. dafür zu sorgen, dass alle mitreden und mitmischen können.

Dafür ist es notwendig auf die Bewohner zuzugehen, eine persönliche Beziehung zu ihnen aufzubauen und Hindernisse zu beseitigen, die es einem Teil der Stadtteilbevölkerung schwer machen, ihre Interessen zu artikulieren.

Es gilt, den Blick bewusst auf Stärken und Ressourcen zu richten, nicht auf Schwächen und Defizite. Dazu gehört, die Stärken von Bewohnern und die Ressourcen des Stadtteils sichtbar zu machen, sie miteinander zu verknüpfen und sie für gemeinsame Belange zu aktivieren.

Wichtig ist auch, sich darum zu kümmern, dass nicht nur geredet wird, sondern wirklich etwas rauskommt und dass das erzielte Ergebnis von Dauer ist; oder wie es seit der Agenda 21 heißt: nachhaltig. Es müssen Aktionen in Gang kommen und Erfolge erzielt werden.

Insgesamt geht es um eine „intermediäre Tätigkeit“, d.h. darum Brücken zu schlagen. Brücken zwischen den verschiedenen Milieus, Kulturen und Lebenswelten innerhalb des Stadtteils und Brücken zwischen den Realitäten der Bewohner und Bewohnerinnen auf der einen Seite und den Realitäten von Verwaltung, Politik und Wirtschaft auf der anderen.

Man muss die verschiedenen Welten miteinander in Kontakt bringen und versuchen, eine Verständigung zu ermöglichen. Da jede dieser Welten eine eigene Sprache pflegt, besteht die intermediäre Aufgabe darin, die Anliegen der verschiedenen Akteure in die Sprache der verschiedenen Adressaten zu „übersetzen“ und so zu garantieren, dass die Botschaft richtig ankommt.

Dreh- und Angelpunkt ist der Wille der Menschen und der Zugang zu ihrer Lebenswelt. Wenn wir nun also danach fragen, wie sich die Partizipation von Migranten sicherstellen lässt, müssen wir uns darüber Gedanken machen, wie ihre Lebenswelt aussieht. Dabei stellen wir schnell fest, dass sie in vielerlei Hinsicht der von anderen Bewohnern ähnelt:

- sie ist ebenso schicht-, bildungs- und einkommensspezifisch geprägt und
- sie ist gleichermaßen vom Geschlecht, Alter und Familienstand beeinflusst.

Sprich, sie zeichnet sich durch eine enorm hohe interne Vielfalt aus. Deshalb wird es in der Praxis immer darum gehen, Partizipationsförderung auf konkrete Menschen mit konkreten Ressourcen in einem konkreten Kontext abzustimmen. Patentrezepte gibt es nicht!

Damit danke ich Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und freue mich auf Ihre Fragen, Anregungen, Kommentare!